

Revision Hundegesetz

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
<p>Hundegesetz vom 30. November 1871 (HuG) und Hundeverordnung vom 19. März 1915 (HuV)</p>	<p>Hundegesetz (HuG) vom</p>	
	<p><i>Der Grosse Rat des Kantons Aargau,</i> gestützt auf § 27 der Kantonsverfassung, <i>beschliesst:</i></p>	
	<p>I.</p>	
	<p>§ 1 Zweck und Gegenstand ¹ Dieses Gesetz bezweckt den sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit Hunden. ² Es regelt a) die Zuständigkeiten im Hundewesen, b) die Pflichten der Hundehaltenden, c) den Umgang mit gefährlichen Hunden, d) die Registrierung der Hunde, e) die Hundetaxe.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
	<p>§ 2 Zuständigkeit der Gemeinden</p> <p>¹ Für den Vollzug dieses Gesetzes sind unter Vorbehalt von § 3 die Gemeinden zuständig.</p> <p>² Sie erfüllen insbesondere folgende Aufgaben</p> <p>a) sie überprüfen die Registrierung der Hunde,</p> <p>b) sie erheben die Hundesteuer,</p> <p>c) sie sorgen dafür, dass auf dem Gemeindegebiet ausreichend Entsorgungsmöglichkeiten für Hundekot zur Verfügung stehen,</p> <p>d) sie sorgen dafür, dass Findelhunde und herrenlose Hunde eingefangen und sachgerecht untergebracht werden,</p> <p>e) sie ordnen bei Verstössen gegen dieses Gesetz und dessen Ausführungsbestimmungen die erforderlichen Massnahmen an, soweit nicht der Kanton dafür zuständig ist.</p>	
	<p>§ 3 Zuständigkeit des Kantons</p> <p>¹ Der Kanton ist zuständig für den Vollzug der Bestimmungen betreffend gefährliche Hunde (§§ 9-14) und sorgt unter Mitwirkung der Gemeinden für den Vollzug der eidg. Tierschutz- und Tierseuchengesetzgebung.</p> <p>² Er kann Kampagnen und Projekte unterstützen, die einem sicheren, verantwortungsvollen und tiergerechten Umgang mit Hunden dienen.</p>	
	<p>§ 4 Zusammenarbeit</p> <p>Die Gemeinden und der Kanton arbeiten beim Vollzug dieses Gesetzes zusammen. Insbesondere stellen sie sich gegenseitig die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlichen Daten zur Verfügung.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
§ 3 HuG § 10, 11 HuV	<p>§ 5 Hundehaltung</p> <p>¹ Hunde sind so zu halten, dass sie Menschen und Tiere nicht gefährden oder übermässig belästigen.</p> <p>² Der Regierungsrat regelt die einzelnen Pflichten der Hundehaltenden.</p> <p>³ Die Gemeinden können ergänzende Bestimmungen mit lokalem Bezug erlassen, insbesondere können sie Hundeverbotzonen bezeichnen und eine örtlich beschränkte Leinenpflicht vorsehen.</p> <p>⁴ Pflichten der Hundehaltenden in anderen Erlassen, insbesondere in der Jagd- und Naturschutzgesetzgebung, bleiben vorbehalten.</p>	
	<p>§ 6 Mitwirkungs- und Auskunftspflicht</p> <p>Die Hundehaltenden sind verpflichtet, den zuständigen Behörden die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen und unentgeltlich bei der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken.</p>	
§ 1 HuG §§ 1, 3a HuV	<p>§ 7 Registrierung</p> <p>¹ Jeder im Kanton gehaltene Hund ist gemäss den Vorschriften der eidg. Tierseuchenverordnung kennzeichnen und registrieren zu lassen.</p> <p>² Die Gemeinden haben kostenlosen Zugang zu den Daten über die Hundehaltungen in ihrer Gemeinde.</p>	
§ 3 Abs. 2 HuG	<p>§ 8 Herrenlose Hunde und Findelhunde</p> <p>¹ Die Kosten für die Unterbringung und Pflege von herrenlosen Hunden und Findelhunden sind für einen angemessenen Zeitraum von der Gemeinde zu tragen. Vorbehalten bleibt die Kostenpflicht des Eigentümers beziehungsweise der Eigentümerin.</p> <p>² Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere zu Dauer und Umfang der Kostentragungspflicht der Gemeinden.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
<p>§ 8a der kantonalen Tierschutzverordnung (TschV-AG)</p>	<p>§ 9 Verhaltensauffällige Hunde; a) Massnahmen</p> <p>¹ Bestehen Hinweise, dass ein Hund eine Gefahr für Menschen oder Tiere darstellt, überprüft die zuständige Behörde den Sachverhalt. Sie kann zu diesem Zweck die Haltung überprüfen und eine Wesensbeurteilung des Hundes vornehmen.</p> <p>² Die zuständige Behörde ordnet die zum Schutz von Menschen und Tieren erforderlichen Massnahmen an. Sie kann insbesondere</p> <p>a) die Hundehaltung mit Auflagen verbinden,</p> <p>b) die Beschlagnahmung, Euthanasie oder Neuplatzierung eines Hundes anordnen,</p> <p>c) ein Hundehalteverbot aussprechen.</p> <p>³ In anderen Kantonen rechtskräftig verfügte Massnahmen gemäss Abs. 2 gelten auch im Kanton Aargau.</p> <p>⁴ Beim Wegzug von Hundehaltenden in einen anderen Kanton informiert die zuständige Behörde die Vollzugsbehörde des neuen Wohnkantons über im Kanton Aargau verfügte Anordnungen gemäss Abs. 2.</p>	
<p>§ 22 Abs. lit. i TschV-AG</p>	<p>§ 10 b) Kosten/Kautio</p> <p>¹ Soweit Massnahmen gemäss § 9 Abs. 2 angeordnet werden, sind die Kosten hierfür sowie die Kosten für die vorangegangenen Abklärungen gemäss § 9 Abs. 1 vom Hundehalter bzw. der Hundehalterin zu tragen.</p> <p>² Wird ein Hund beschlagnahmt, hat die Halterin oder der Halter eine Kautio von Fr. 2'000.-- zur Sicherung von Forderungen des Kantons aus der Unterbringung und Pflege des Hundes zu leisten. Wird die Kautio nicht erbracht, so kann die zuständige Behörde die sofortige Neuplatzierung oder Euthanasie des Hundes anordnen.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
	<p>§ 11 Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial; a) Bewilligungspflicht</p> <p>¹ Wer einen Hund, der einem Rassetyp mit erhöhtem Gefährdungspotenzial angehört, hält oder erwirbt, benötigt eine kantonale Bewilligung.</p> <p>² Abs. 1 gilt auch für Kreuzungstiere und Hunde, deren Erscheinungsbild vermuten lässt, dass sie von einem Rassetyp mit erhöhtem Gefährdungspotenzial abstammen.</p> <p>³ Der Regierungsrat bezeichnet die Rassetypen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial (Rassetypenliste).</p>	
	<p>§ 12 b) Bewilligungsvoraussetzungen</p> <p>¹ Die Bewilligung zum Halten eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial wird erteilt, wenn die gesuchstellende Person</p> <p>a) mindestens 18 Jahre alt ist,</p> <p>b) nicht wegen Delikten verurteilt wurde, die einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Hund als fragwürdig erscheinen lassen, oder deswegen in einer laufenden Strafuntersuchung steht.</p> <p>c) den Nachweis einer ausreichenden Haftpflichtversicherung erbringt.</p> <p>² Der Regierungsrat regelt das Bewilligungsverfahren und konkretisiert die Bewilligungsvoraussetzungen gemäss Abs. 1 lit. b und c.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
	<p>§ 13 c) Ausbildungs- und Prüfungspflicht</p> <p>¹ Die Bewilligung zum Halten eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial ist mit der Auflage zu verbinden, dass die den Hund haltende Person innert einer vom Regierungsrat festzulegenden Frist</p> <p>a) einen speziellen Hundeeziehungskurs absolviert, b) eine Prüfung zum Nachweis der erworbenen Fähigkeiten ablegt.</p> <p>² Kommt die einen Hund mit erhöhtem Gefährdungspotenzial haltende Person den in Abs. 1 umschriebenen Auflagen nicht nach oder besteht sie die Prüfung nicht, so ordnet die zuständige Behörde die zum Schutz der Öffentlichkeit erforderlichen Massnahmen an. §§ 9 und 10 gelten analog.</p> <p>³ Der Regierungsrat regelt</p> <p>a) die Anerkennung von Hunderziehungskursen und Prüfungen, b) Inhalt und Umfang der Erziehungskurse, c) die Durchführung der Prüfungen.</p>	
	<p>§ 14 d) Zuzug in den Kanton</p> <p>¹ In anderen Kantonen oder im Ausland ausgestellte Bewilligungen für das Halten von Hunden mit erhöhtem Gefährdungspotenzial sind im Kanton Aargau anzuerkennen, soweit ein gleichwertiges Schutzniveau gewährleistet ist.</p> <p>² Abs. 1 gilt sinngemäss auch für in anderen Kantonen oder im Ausland absolvierte Hunderziehungskurse und Prüfungen.</p> <p>³ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
<p>§ 2 HuG §§ 4 ff. HuV</p>	<p>§ 15 Hundetaxe; a) Grundsätze</p> <p>¹ Für jeden registrierungspflichtigen, im Kanton gehaltenen Hund hat die Halterin oder der Halter eine Hundetaxe zu entrichten, welche von den Gemeinden jährlich erhoben wird.</p> <p>² Die Höhe der Hundetaxe wird vom Regierungsrat für den ganzen Kanton einheitlich festgelegt. Sie beträgt zwischen Fr. 100.-- und Fr. 150.--.</p> <p>³ Keine Hundetaxe wird erhoben für</p> <p>a) vom Regierungsrat durch Verordnung zu bezeichnende Arbeitshunde mit besonderen Funktionen, b) Hunde in Tierheimen, die bei neuen Haltern platziert werden sollen.</p> <p>⁴ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.</p>	
<p>§§7, 7a HuG §§ 4 ff. HuV</p>	<p>§ 16 b) Verwendung</p> <p>¹ Der Ertrag aus der Hundetaxe fällt der Gemeinde zu, in welcher der registrierungspflichtige Hund gehalten wird.</p> <p>² Die Gemeinden entrichten dem Kanton pro registrierungspflichtigen Hund eine vom Regierungsrat festzulegende Abgabe. Die Abgabe beträgt maximal Fr. 20.-- pro Hund und ist zweckgebunden für die vom Kanton gemäss diesem Gesetz zu erfüllenden Aufgaben zu verwenden.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
§ 8 HuG	<p>§ 17 Strafbestimmung</p> <p>¹ Vorsätzliche und fahrlässige Übertretungen von §§ 5, 6, 7 Abs. 1, 11 und 15 Abs. 1 sowie gestützt darauf ergangener Vollzugserlasse werden mit Busse bis zu Fr. 10'000.-- bestraft.</p> <p>² Bei Widerhandlungen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden kann der Gemeinderat Bussen bis zu Fr. 1'000.-- durch Strafbefehl aussprechen. Für das Verfahren gelten die Bestimmungen der Gemeindegesetzgebung.</p>	
	<p>§ 18 Übergangsbestimmungen</p> <p>¹ Wer einen Hund mit erhöhtem Gefährdungspotenzial hält, muss innert 6 Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Bewilligungsgesuch gemäss § 11 einreichen.</p> <p>² Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere kann er Erleichterungen von der Ausbildungspflicht gemäss § 13 Abs. 1 lit. a vorsehen, soweit die bisherige Haltung eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial zu keinerlei Beanstandungen Anlass bot.</p>	
	<p>§ 19 Publikation und Inkrafttreten</p> <p>Dieses Gesetz ist nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist beziehungsweise nach Annahme durch das Volk in der Gesetzessammlung zu publizieren. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.</p>	
	<p>II. Fremdänderungen</p>	
	keine	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsentwurf vom 3. September 2008	Bemerkungen
	III. Fremdaufhebungen	
	Das Gesetz über das Halten und Besteuern der Hunde vom 30. November 1871 ¹⁾ wird aufgehoben.	
	IV.	
	Diese Aufhebung ist nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist beziehungsweise nach Annahme durch das Volk in der Gesetzesammlung zu publizieren. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.	
	Aarau, ... Präsident des Grossen Rats Protokollführer	

¹⁾ SAR 393.300